

Neues Regierungsprogramm: Soziale Unternehmen kämpfen gegen Arbeitslosigkeit!

Die neue Bundesregierung Österreichs steht vor Herausforderungen im Arbeitsmarkt. Soziale Unternehmen sind Schlüsselakteure für nachhaltige Integration und Stabilität.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit hat die neue Regierungskoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS die Weichen für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik gestellt. Sabine Rehbichler, Geschäftsführerin von arbeit plus Österreich, betont, dass entscheidend ist, benachteiligte Personen langfristig in stabile Arbeitsverhältnisse zu integrieren. Die soziale Unternehmen spielen dabei eine Schlüsselrolle, indem sie Qualifikationen bereitstellen und die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit mindern. Rehbichler warnt, dass mit jedem verlorenen Tag die sozialen und wirtschaftlichen Kosten steigen, was die dringende

Notwendigkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstreicht.

Die aktuelle Lage ist alarmierend: Die Arbeitslosenquote beträgt 8,1 % und etwa 350.000 Menschen sind ohne Job – ein Anstieg von 8 % im Vergleich zum Vorjahr. Besonders Langzeitbeschäftigungslose sind betroffen, ihre Zahl ist um 13,4 % auf rund 90.000 gestiegen. Manuela Vollmann, Vorstandsvorsitzende von arbeit plus Österreich, fordert von der neuen Regierung eine klare Strategie, um Existenzen zu sichern und die Wirtschaft zu stabilisieren. Sie hebt hervor, dass eine starke Arbeitsmarktpolitik kein Kostenfaktor, sondern ein wirtschaftlicher Hebel ist, der langfristig den Standort Österreich stärkt.

Maßnahmen für den Arbeitsmarkt

Um den Herausforderungen der aktuellen Arbeitsmarktsituation zu begegnen, sind laut arbeit plus drei zentrale Maßnahmen erforderlich: Erstens, gezielte Programme zur frühzeitigen Integration in den Arbeitsmarkt, um Langzeitarbeitslosigkeit von Beginn an zu verhindern. Zweitens, eine langfristige und sichere Finanzierung des Arbeitsmarktservice (AMS), um soziale Unternehmen bei der Schaffung nachhaltiger Beschäftigung zu unterstützen. Drittens, die Stärkung regionaler Beschäftigungsmodelle, durch die soziale Unternehmen vor Ort Arbeitsplätze sichern können, um Abwanderung zu verhindern. In der aktuellen wirtschaftlichen Flaute ist schnelles Handeln unerlässlich, damit die Unsicherheit nicht weiter wächst, wie **bpb.de** berichtet.

Die neuen Entscheidungsträger tragen eine immense Verantwortung. „Wer wirtschaftliche Stabilität will, muss jetzt die richtigen Weichen stellen“, erläutert Vollmann. Ihre Aussagen zeigen, dass jetzt der Kopf, der Planung und der Handlungswillen gefordert sind, um die soziale und wirtschaftliche Realität in Österreich positiv zu beeinflussen.

Details	
Vorfall	Regierungsbildung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at